

BÄCKER ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Arbeits- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Bismarckstraße 12.

Kollegen Deutschlands!

Die erste dringende Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehrlich mit sich und seinen Nebenmenschen meint, ist es, seiner Berufsorganisation, dem Verbande der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, beizutreten, der heute bereits in über 100 Städten Deutschlands seine Mitglieder hat und ein fester Schutzwahl gegen die Willkür und Unterdrückung unserer Arbeitgeber ist.

Der Verband bezweckt: Bessere Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Bäckereiarbeiter, Befestigung der Nacharbeit in unserem Berufe, Regelung der Arbeitsvermittlung und des Berufsstandes, sowie Einschränkung der übermäßigen Lehrlingszucht und allgemeine Bildung und Erziehung der Mitglieder durch regelmäßige Vorträge in Versammlungen und Beschaffung von lehrreichen Büchern.

Das Eintrittsgeld in den Verband beträgt 50 S. der wöchentliche Beitrag 50 S.

Dafür gewährt der Verband den Mitgliedern folgendes: Die wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift „Deutsche Bäckerzeitung“ wird den Mitgliedern gratis geliefert.

Jedes Mitglied des Verbandes, welches 3 Monate dem Verbande angehört und seine Beiträge entrichtet hat, ist berechtigt, Nachschuß in gewerblichen und solchen Streikzeiten, welche sich auf das Unfallversicherungsgesetz, Haftpflicht, Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, Krankenversicherungsgesetz beziehen, oder in welche sie infolge ihrer Verbandstätigkeit geraten, wie auch bei Anlagen wegen Verletzungen gegen § 153 der Gewerbeordnung, zu verlangen.

Mitglieder, die mit Genehmigung des Verbandes vorübergehend die Arbeit einstellen, um ihre Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern, erhalten pro Woche mindestens 8 M. — Verheiratete bis zu 14 M. — Streikunterstützung.

In derselben Weise werden Mitglieder unterstützt, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gemindert wurden.

Außerdem gewährt der Verband Arbeitslosen- oder Reise-Unterstützung bis zur Dauer von 42 Tagen im Jahre unter folgenden Bedingungen: Nach

52wöchiger Mitgliedsch. pro Tag 1.— M. bis 42.— M. i. S. 156 " " " 1.20 " " 50.40 " " 260 " " " 1.50 " " 63.— " " Ferner nach 156wöchentlicher Mitgliedsch. im Erkrankungsfall (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag 1 M. Krankenaussch. bez. d. im Sterbefalle eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 156wöchentlicher Mitgliedsch. ein Sterbegeld von 30 M. nach 260wöchentlicher Mitgliedsch. 50 M.

Der Verband leistet also den Mitgliedern in allen Nothfällen Unterstützung, deshalb werdet Mitglied deselben.

Es wurden an Unterstützung gewährt:

Jahr	1903	1904	1905
M.	21.216.20	32.250.20	45.845.40
Zusammen	M. 102.311.80.		

Diese bedeutende Summe hat der Verband in den letzten drei Jahren an seine arbeitslosen, reisenden und kranken Mitglieder und an die Angehörigen verstorbenen Mitglieder an Unterstützung bezahlt.

Verbandsmitglieder! Mit diesen Leistungen der Organisation muß auch bei dem Gleichgültigen die so oft nachgeheißte Ausrede, „es nützt ja doch nichts“, verstummen, deshalb entfaltet überall eine rührige Agitation und werbet unablässig neue Mitglieder für unsere Organisation!

Der Verbandsvorstand.
F. A. D. Mann.

Minimal- und Klassenlöhne.

Wir hätten erwartet, daß sich mehrere unserer Mitglieder an der Diskussion über diese Frage beteiligen würden; insbesondere hätten die Führer derjenigen Mitgliedschaften, wo diese Klassenlöhne noch am stärksten grassieren, die Pflicht gehabt, ihren Standpunkt zu vertreten.

Wir wollen den Unterschied zwischen den einzelnen Lohnarten nochmals erörtern, um zu einem besseren Verständnis gelangen zu können.

Wenn der Minimallohn (Mindestlohn) eingeführt ist, so darf auch der letzte Posten in der kleinsten Bäckerei nicht unter diesen Lohn bezahlt werden. Nach oben sind keine Grenzen gesetzt. Hierdurch wird das individuelle Streben der Mitglieder, auch nach der vom Verbande inženierten Lohnbewegung ihre Löhne immer mehr zu erhöhen, wesentlich gefördert. Sie werden mehr und mehr dahin geschult, daß der Arbeiter immer in einer Lohnbewegung stehen muß. Dieses ist, sowohl im Interesse des Verbandes wie

im Interesse des Einzelnen sehr zu wünschen. Im Jahre 1898 wurde in Hamburg-Altona-Wandsbek ein Minimallohn von 21 M. eingeführt und nach 7 Jahren konnte, trotzdem im Jahre 1898 viele Gegner des Minimallohnes vorhanden waren, konstatiert werden, daß nur noch an 26 Bäckergesellen in dem ganzen Städtekomplex der Minimallohn bezahlt wurde. Alle anderen verdienten darüber hinaus und zwar Löhne bis zu 45 M. pro Woche. Es geht eben das Streben auch der jüngsten Kollegen dahin, nicht für den Minimallohn zu arbeiten, sondern diesen immer mehr zu überbieten. Und für so naiv halten wir selbst die Berliner Führer nicht, daß sie nicht zugeben sollten, daß, wenn es den jüngsten Gefährten gelingt, den Lohn zu erhöhen, auch der Lohn der übrigen steigen muß.

Kollege Barth führt aus, daß er mit uns übereinstimmt, daß eine Lohnklasseneinteilung, bei der die ersten nahezu das doppelte des Lohnes des letzten Gefellen oder gar noch mehr verdienen, moralisch ungerechtfertigt ist. — Wenn das gegenseitige Verhältnis durch Festsetzung eines Minimallohnes auch nicht mehr ein so treffes ist, so wird trotzdem ein ganz wesentlicher Unterschied zwischen den Löhnen bestehen bleiben, wie uns die Hamburger Statistik beweist. Durch den Minimallohn kann der Klassenlohn nicht beseitigt, aber das gegenseitige Mißverhältnis der Löhne gemindert werden. Nur der Größter wird in der Lage sein, ausfällig mit den Klassenlöhnen zu brechen und sind schon in den größeren Konsumbäckereien und sonstigen Großbetrieben dieselben wesentlich eingeschränkt. Es ist charakteristisch, daß die Gegner des Minimallohnes in Berlin daselbst dagegen ins Feld führen, wie i. J. 1898 in Hamburg, daß die schon besser Bezahlten keinen Vorteil von der Einführung des Minimallohnes haben, da sie schon mehr verdienen. Aber ein kleiner Unterschied ist doch vorhanden. In Hamburg waren 1898 die Führer nicht so ängstlich, zu glauben, daß nun die Besserbezahlten nicht zurückweichen würden, sondern sie sind ernstlich daran gegangen, den Kollegen klar zu machen, daß die Forderung des Minimallohnes im Interesse der jungen, sowie der älteren Kollegen liegt. Und mit welchem Erfolg! Heute, nach acht Jahren, denkt kein Kollege in Hamburg ernstlich daran, den Minimallohn zu beseitigen, um hierfür den Klassenlohn einzuführen zu wollen.

Nach Kollege Barth ist es die gestrenge Lehrmeisterin Rowenbürgkeit gewesen, welche die Berliner Kollegen gezwungen hat, einen Klassenlohn nach den Größenverhältnissen der Bäckereien einzuführen und er verurteilt dies durch folgendes zu beweisen:

„Das Prinzip gleicher Löhne für alle Kollegen ein und desselben Betriebes rieten wir i. J. der Geschäftsleitung des Rabatt-Spar-Vereins „Südpol“. Und was geschah? Keiner der Kollegen wollte Offenarbeiter oder Kneter, alle wollten sie Dritter sein, um keine oder geringe Verantwortung zu haben. Es blieb beim besten Willen kein anderer Weg, als dem letzten Posten abzugeben und die Differenz dem ersten Posten zuzulegen, so daß statt vorher 27 M. Einheitslohn jetzt 24, 27 und 30 M. gezahlt wurden.“

Den Vorwurf mangelnden Verständnisses über die verschiedenen Lohnarten müssen wir den Berliner leitenden Kollegen nochmals machen, denn sie verwechseln stets den Minimallohn mit Normallohn (Einheitslohn). Wenn der Kollege Barth vor der Verteilung an den Rabatt-Spar-Verein „Südpol“ sich an uns gewandt hätte, so wäre ihm folgendes erklärt: Es ist nicht zweckmäßig, einen Normallohn in dem Betriebe einzuführen, sondern den Minimallohn, damit diejenigen Kollegen, welche mehr Verantwortung tragen, auch besser bezahlt werden können. Wir sind der festen Überzeugung, die leitenden Berliner Kollegen hätten dann nicht ein derartiges Glaslo erlitten, um wiederum streng abgegrenzte Klassenlöhne einführen zu müssen. Weiter führt er an:

Neben dieser Erfahrung, die doch wahrlich nicht für die Annahme des Schreibens der beiden Leitartikel spricht, haben wir aber seit der letzten Lohnbewegung auch andere gemacht. So kommt es gar nicht selten vor, daß in Bäckereien mit 21 M. Mindestlohn beide Gefellen nur diesen

erhalten, bezgleichen ebenfalls in anderen Bäckereien für mehrere Gefellen (Kneter, Dritter und Vierter) nur gleiche Löhne gezahlt werden. Dagegen können wir nichts ausrichten, denn der Meister zahlt den Minimallohn, wie er im Tarif vorgegeben ist.“

Die sämtlichen angeführten, nicht gewollten Zustände sind zu vermeiden, wenn die Berliner Kollegen in der Zukunft nach den Vorschlägen, welche von uns in den beiden Artikeln über diese Frage niedergelegt sind, handeln. Diese Erfahrung, welche die Berliner Kollegen gemacht haben, spricht nicht gegen unsere Auffassung, sondern nichts hätte gründlicher dafür sprechen können, wie gerade diese angeführten Mißstände.

Daß in verschiedenen Bäckereien sämtlichen Kollegen der niedrige Klassenlohn ausbezahlt und dadurch derselbe von dem Bäckermeister zum Normallohn gestempelt wird; ferner, daß Koll. Barth resigniert erklärt: Dagegen können wir nichts machen! Der Meister zahlt den Mindestlohn! liegt nur an der Einführung der Klassenlöhne nach den Größenverhältnissen der Bäckereien. Dadurch wird das individuelle Streben unserer Mitglieder, auch nach der eigentlichen Lohnbewegung eine Aufbesserung ihres Lohnes zu erringen, vollständig erstickt. Nur zu leicht kommen dieselben auf den Gedanken, daß, solange das „komplicierten Uhrwerk“ wie Kollege Barth die Klasseneinteilung sehr richtig bezeichnet — nicht abgelaufen ist, sie für den festgesetzten Lohn weiter arbeiten müssen. Kollege Barth erklärt aber, es fehlen noch Kläder in dem „komplizierten Uhrwerk“ und bei der nächsten Lohnbewegung müssen dieselben dem Uhrwerk einverleibt werden, damit die Kläder noch besser ineinandergreifen. Dadurch wird die ganze Geschichte derartig „kompliziert“, daß sich kein Kollege, sondern nur die „Uhrmacher“ durchfinden können. Hätte die Berliner Mitgliedschaft im Jahre 1904 einen Mindestlohn von 21 M. aufgestellt, und die Führer die Aufklärung der Mitglieder über das Wesen des Minimallohnes energisch in die Hand genommen, so wäre der nicht gewollte Zustand vermieden und wie uns die Erfahrung lehrt, die Löhne im allgemeinen höher als wie sie jetzt sind.

Während der Verhandlung mit den Jünglingen von Hamburg-Altona und Wandsbek über die Forderung eines Minimallohnes von 23 M. im Jahre 1905 konnten unsere Vertreter darauf hinweisen, daß in der größten Mehrzahl der Betriebe schon über den geforderten Lohn bezahlt werde. Wenn man der Jüngung schon mit solchen Hinweisen dienen kann, gelingt es bedeutend leichter, einen für uns günstigen Tarif abzuschließen. In dem Städtekomplex waren also, ohne eine eigentliche Lohnbewegung die Löhne wesentlich gestiegen und das in einer Zeit, wo auch noch mit Gegnern der Einführung des Minimallohnes zu rechnen war. Wir geben uns der festeren Hoffnung hin, daß die Mitgliedschaften Hamburg, Altona, Wandsbek in den kommenden Jahren auf ein weit günstigeres Verhältnis zurückblicken können. Ob unsere Berliner Mitgliedschaft mit ihren Klassenlöhnen auch einen derartigen Erfolg wird aufweisen können?

Ferner schreibt der Kollege Barth: „Sollen die Gegner aller Art von Lohnabstufungen konsequent sein, so müssen sie die Lohnsätze der Gewerkschaften und sonstigen Großbetriebe als Mindestlohnätze für alle Bäckereien fordern!“ Sollte es uns gelingen, im Laufe der Zeit einen Tarif nach Art unseres Genossenschaftstarifes mit dem Germanenverband abzuschließen, so kann — das wird der Kollege Barth wohl zugeben — selbiges nicht unter einem Minimallohn von 21 M. geschehen. Mit der Frage der Arbeitszeit wollen wir — weil nicht so dringend — uns nicht beschäftigen. Nur wird es für heute gesagt, daß die Regelung der Arbeitszeit, nach den Vorschlägen des Koll. Barth, dieselben komplizierten Verhältnisse erzeugen würde, wie sie durch die Klassenlöhne erzeugt werden.“

Nicht Eigendünkelerei werden wir den Berliner Kollegen vor, aber wenn sie sich die Frage richtig überlegen, müssen sie naturgemäß zu dem Schluss kommen, daß sie bei der kommenden Lohnbewegung keinen Klassen-

Eine Fährungsflühe wegen Unterschlagung und schweren Diebstahls verurteilt. Bekanntlich wurde im vorigen Jahre die Forderung der Stettiner Mitgliedschaft bezüglich der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse von der dortigen Innung unter Mitwirkung des Innungs-Gesellenausschusses strikte abgelehnt. Dieser Innungs-Gesellenausschuß erklärte damals, daß er sich darüber geeinigt hätte, daß die Forderung der Bädergesellen abzulehnen sei. D diesem Ausschuß gehörte nun auch der Bädergeselle August Hoffmann an, der in besonders energischer Weise die „Streikbestrebungen“ und die „Unzufriedenheit“ unter den Bädergesellen im Interesse der Meister bekämpfte. Dieser selbe Mann war auch ob seiner guten und durchaus einwandfreien Gesinnung zum Vorsitzenden der Bädergesellen-Brüderschaft gewählt worden, die ihr Verzeichnißlokal in einem Restaurant der Wallweberstraße hatte. Hier befanden sich auch die Kassengelder der Brüderschaft. Doch mochten diese Gelder dem Vorsitzenden Herrn August Hoffmann im Verzeichnißlokal nicht mehr sicher erscheinen. Er machte nun in einer Versammlung den Vorschlag, das Geld wenigstens in Höhe von 100 M., der größeren Sicherheit wegen, bei ihm zu deponieren. Die Verzeichnißmitglieder gingen darauf ein und der Herr Vorsitzende erhielt das Geld zur Aufbewahrung. Nun verfuhr er dasselbe und machte es in kürzester Zeit „alle“. Die Geschichte kam aber heraus und nun versuchte man erst, diesen Skandal zu beseitigen und die Sache wieder glatt zu machen, damit der brave Vorsitzende und die Brüderschaft nicht in ein böses Gerüchte bei den roten Ge-

stellen käme. Der Herr Vorsitzende versprach auch das unterschlagene Geld von seinem elterlichen Erbe zu ersetzen. Statt nun aber das zu tun, öffnete er am 6. Jan. den Vereinskassant und eine darin befindliche Blechtafel und stahl auch den noch übrigen geliebten Betrag der Vereinsgelder in Höhe von 61.75 M. Nun war freilich kein Verbrechen mehr möglich und der ungetreue Herr Vorsitzende und Zünungsstellenauschmittglied kam vor den Strafrichter, der ihm 9 Monate Gefängnis wegen der Unterschlagung und des Diebstahls aufbrachte. So elend mußte also die herrliche Zünungsfeier der Meister im Kampfe gegen die Not enden. Es ist ein Jammer!

Von den „reinen“ Bäckermeistern. Bomberger Bäckermeister wurden nicht schlecht erschreckt, als kürzlich eine Kommission der Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt von der Universität Erlangen in der frommen Bischofsstadt auftauchte, um eine unermutete Kontrolle der Bäckereibetriebe vorzunehmen, wobei sich in verschiedenen Bäckereien sehr unheimliche Zustände ergaben. Bei dem Bäckermeister Namer fand man in dem nur durch ein Holzgatter abgeschlossenen Keller ein maulerisches Stilleben, bestehend aus einem Durcheinander von schlecht oder gar nicht verbackenen Gefäßen mit Hüllensett, Kofosmutter, Ballenbutter, Sauerkraut und lose herumliegenden Kartoffeln, während dazwischen die Hauslage und eine kinderreiche Rantinschenfamilie ihr Lager aufgeschlagen hatten. Außerdem wimmelte es von schwarzen Kellerratten. In der Wadstube waren die Wände mit Schimmel bedeckt. Der Magistrat ging sehr gnädig mit dem Kleinheitsfanatiker, der Lieferant der Irrenanstalt ist, um; er bedrohte ihn: Für den Fall der Wiederholung mit Entziehung der Lieferung.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der jüdischen Osterbrot-(Mazzen-)Bäckerei zu Burgsteinfurt. Vor ca. 14 Tagen wurde dort einem 15jährigen Arbeiter beim Einlegen der Mazzen der halbe rechte Arm und die innere Handfläche ganz abgehauen. Der Bedauernswerte ist am 16. Februar an Wundfieber gestorben, bevor noch der Arm amputiert worden ist.

Von den einstweiligen Verfügungen, die jetzt eine ständige Erscheinung bei unseren Lohnkämpfen sind. — In Gurburg ist von unserer Mitgliedschaft die Sperre über die Bäckerei Maier, Postweg 7, verhängt worden. Auf Antrag des Herrn Maier hat das Landgericht zu Stade dem Verband der Bäcker sowie der „Volksblatt“-Druckerei im Wege der einstweiligen Verfügung verboten, weiterhin Flugblätter an die Bevölkerung in Wilhelmshagen und Umgebung zu richten, in welchen mitgeteilt wird, daß über die Bäckerei des Antragstellers die Sperre verhängt sei. Nach Ansicht des Gerichts soll ein solches Vorgehen gegen die „guten Sitten“ verstoßen. Für jede weitere Verbreitung der Flugblätter ist eine Strafe von nicht weniger als 3000 M für jede Zuwiderhandlung festgelegt. Wie man sieht, gibt sich das Landgericht mit Kleinigkeiten nicht ab. 3000 M ist eine nicht ganz unbedeutende Summe, wenn sie als Strafe gezahlt werden soll. Das Gericht wird sich weiter mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben; denn es wird die Aufhebung dieser einstweiligen Verfügung beantragt werden. Bei der Zeitigkeit, mit der die Gerichte solche Angelegenheiten zu erledigen pflegen, dürfen bis zu deren Erledigung freilich Wochen und Monate ins Land gehen, wodurch der Antragsteller, in diesem Falle Herr Maier, seinen Zweck so ziemlich erreicht haben dürfte. Zur Charakteristik sei angeführt, daß das Landgericht zu Stade vor kurzer Zeit ein Urteil gefällt hat auf Grund der Anschauung, daß es nicht wider die guten Sitten verstoßen habe, als der Maier Steiner durch die Machinationen des Arbeitsnachweises in der Brückenstraße außer Lohn und Brot gebracht wurde, also für seine Verhältnisse ganz erheblich geschädigt wurde. Wenn aber die Bäckermeister sich durch die Organisation der Bäckergesellen geschädigt fühlen, soll ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliegen.

Aus dem Bäckergewerbe Darmstadt. Nicht angenehme Verhältnisse scheinen in der Bäckerei von Junf in der Wendelsbühlstraße zu bestehen. Die Arbeitszeit beträgt täglich ca. 14–15 Stunden. Reinigung der Schlafstube oder Aufkühlung der Betten sind den Geschäften gänzlich fremde Dinge. Am 26. Januar fand sich beim Abwiegen des Teiges in Stücke eine Maus vor. Der Meister war das Tier beiseite, denn es gehörte doch nicht in den Teig. Ein Gehülfe machte den reinlichkeitsbewußten Meister geizigend darauf aufmerksam, daß der Teig doch jetzt nicht mehr zu gebrauchen sei. Er bekam zur Antwort: „Ach was, mir hat niemand etwas zu sagen; ich bin der Herr im Hause!“ und der Teig wurde weiter verarbeitet. In einem andern Stück Teig befand sich noch eine Maus, der aber ein Wein fehlte, was sich in einem weiteren Stück Teig glücklich wiederfand. Der Teig wurde gebacken und an das Publikum verkauft. Daß der biedere Meister vom Vordruck ganz genau wußte, was er sich dabei zu Schulden kommen ließ, geht daraus hervor: daß er beim Aufhängen des fehlenden Maßgefäßes meinte: „Hier ist noch das eine Wein von dem Mänschen, wenn das jemand gefunden hätte von meiner Kundschaft und hätte mich angezeigt, dann wäre ich strafbar.“ Die Ungelegenheit ist bereits der Polizei übergeben, so daß der Herr Bäckermeister von dort aus die Reinlichkeitsvorschriften wohl zu Gemüte geführt erhalten wird. Die Gefährden aber mögen sich organisieren, damit sie imstande sind, für sich und für die Kundschaft menschenwürdige Zustände herbeizuführen.

Ein Erzieher. Am 1. Januar trat bekanntlich das Gesetz in Kraft, nach dem Schulkinder nicht mehr früh beschäftigt werden dürfen. Ebenso darf mit Kuchen und anderen Backwaren an Sonn- und Festtagen nicht hantiert werden. Als auf diese Bestimmungen in der letzten Zünungsversammlung der Bäckermeister zu Radeberg hingewiesen wurde, versetzte sich ein ehrsüchtiges Mitglied der Zünung dazu, dem Referenten zuzurufen: „Kummere dich um sonst was, Du Dummel, Du Pöbel!“ Dieser „gebildete“ Bäckermeister hat sich schon oft durch seine unqualifizierbaren Äußerungen über die Arbeiterbewegung bemerkbar gemacht. Das nennt sich aber Erzieher der Jugend!

Patentbericht. Mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Fritz Buchs, diplomierter Chemiker, und Ingenieur Alfred Gumburger, Wien, VII., Siebenbrunnengasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau wäpfigt berechnet. — Desferreich. (Einspruchsfrist bis 1. Mai 1906.) Nr. 2a. Louis Wollstein, Neumann in Berlin. Verfahren zur Herstellung von Backwaren. Dem zur Herstellung dieses Gebäcks neben gewöhnlichem Kornmehl angewendeten Kartoffelmehl wird bei der Teigberei-

tung gemahlener Sago auf kaltem Wege beigeigst. — Deutsches Reich. (Einspruchsfrist bis 6. April 1906.) Nr. 2b. Heinrich Schraut, Camp a. Rh. Teignetztrug mit Bodenentleerung. — Nr. 2b. Friedrich Diener, München, Lindwurmstraße 30. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von doppelwandigen, röhrenförmigen Backwerk. — D. H. Gebrauchsmuster. Nr. 2b. Gustav Babel, Dessau. Durch Zwischenwand geteilter Gärkassant mit ausziehbarer Wasserbehälter.

Genossenschaftliches.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorwärtz, Produktionsgenossenschaft der Bäckerarbeiter in Hamburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurterstr. 10/11, für das Jahr 1905 haben wir das folgende hervor: Wiederum liegt ein Jahr genossenschaftlicher Tätigkeit hinter uns, ein besonders arbeitsreiches Jahr, hervorgerufen durch den Neubau des Speichers, die bedeutende Vergrößerung der Bäckerei und die damit erforderlichen Umbauten der alten Anlage. Unsere Bautätigkeit dürfte nunmehr abgeschlossen sein. Auf lange Zeit hinaus werden unsere Einrichtungen allen an uns herantretenden Ansprüchen genügen, denn für circa 1½ Millionen Backwaren können durch die neuen Einrichtungen jährlich hergestellt und expediert werden. Es sind zur Aufstellung gelangt zwei neue Auszug- und ein neuer Einschub-Doppelofen; unsere beiden alten Doppel-Auszugöfen sind mit einem Kostenaufwand von circa 6000 Mark umgebaut worden. Die Gesamtanlage, Gebäude sowohl wie innere Einrichtung, macht auf jeden Besucher den besten Eindruck. Der Bau des Speichers kostete uns 123 000 Mark, der Bau der neuen Ofen 23 000 M, der Umbau der Ofen mit sonstigen baulichen Veränderungen (u. a. wurde der Backraum durch Glaswände in 7 Gasse eingeteilt) kostet uns circa 11 000 M, letzterer Betrag ist auf Geschäftsunkosten gebucht worden. Neben diesen Aufwendungen waren noch andere Neuanschaffungen von Inventar erforderlich, u. a. im neuen Speicher ein Fahrstuhl, in der alten Bäckerei wurde gleichfalls ein neuer Fahrstuhl angelegt; jeder dieser Fahrstühle kostet über 4000 M und sind die Beträge auf Inventarkonto gebucht. Für den Transport der Waren war die Anschaffung von zwei Pferden und zwei neuen Brotwagen erforderlich. Wir hatten am Jahreschluss 16 Pferde und 14 Wagen. Bei diesen großen Aufwendungen sind die neu aufgenommenen Hypotheken sowie Spareinlagen der Mitglieder gering, es erscheint deshalb in unserer Bilanz der Posten „Warenschulden“ im Betrage von 63 222 M gegen 29 514 M im Vorjahre besonders hoch. Es wird in den nächsten Jahren allerseits auf größte Sparsamkeit geachtet werden müssen, um sichere Finanzverhältnisse herbeizuführen. Erwähnen wollen wir noch, daß die Kasse des Speichers, welche wir nicht selbst gebrauchen, an drei Firmen für jährlich 7200 M auf längere Zeit vermietet sind. Die sonstige Entwicklung unserer Bäckerei im verflossenen Geschäftsjahr war zufriedenstellend. Der Umsatz stieg von 624 418 M in 1904 auf 740 203 M in 1905. Davon Umsatz an Weißbrot für 192 495 M (1904: 174 524 M). Die effektivsten Barumsätze betrugen insgesamt 288 866 M (1904: 242 470 M). In den einzelnen Quartalen betrug der Umsatz:

	1904	1905
1. Quartal . . .	144 850 M	175 947 M
2. „ . . .	159 662 „	185 345 „
3. „ . . .	153 789 „	187 158 „
4. „ . . .	166 117 „	191 753 „

Das geschäftliche Ergebnis war indes weniger günstig. Der Bruttogewinn fiel von 25 Proz. in 1904 auf 24½ Proz. im verflossenen Jahr. Der am 1. März d. J. in Kraft tretende neue Zolltarif und die Handelsverträge werfen seit langem ihre Schatten voraus. Seit zwei Jahren verkaufen Mühlen und Mehlhändler nur mit Jogen. Zollkautel. (Vom Tage des Inkrafttretens einer Zollerhöhung erhöhen sich für je 1 M per 100 kg Mehzzoll auf Weizen bezw. Roggen die Mehlpreise um 15 S pro 100 kg für das kontrahierte und noch nicht zur Ablieferung gelangte Mehl.) Das macht nach dem neuen Zolltarif resp. nach den neuen Handelsverträgen eine Erhöhung von 3 M für einen Sad Weizenmehl von 100 kg 2.25 M für Roggenmehl und 1.50 M für Roggenroggenmehl. Um diese Differenz waren in den letzten Monaten die Preise für Mehl bereits höher als im Durchschnitt in den letzten sechs Jahren. Wohl waren wir durch glückliche billige Käufe, von denen wir auch heute noch zehren, gedeckt; doch müssen wir immerhin für einen Teil unseres Bedarfs die höheren Preise anlegen. Da wir unsere Brotpreise noch nicht erhöht haben, so mußte selbstredend der Bruttogewinn heruntergehen. Wir werden uns allerdings, wenn auch mit schwerem Herzen, in nächster Zeit entschließen müssen, unsere Brotpreise zu erhöhen. Leider trifft dies gerade bei unserer Kundschaft den minder bemittelten Teil der Bevölkerung, unter dieser dieser Preissteigerung, 1¼ S für 1 kg Schwarzbrot und 1¼ S für 1 kg Weizenbrot, leiden muß. Wir wollen indes hoffen, daß durch gute Ernte in Getreide liefernden Ländern die durch die Zollerhöhung eintretende Preissteigerung bald gemildert wird. Die Unkosten betragen im Geschäftsjahr, ziehen wir die durch den Umbau entstandenen außerordentlichen 11 000 M ab, 20.12 Proz., gegenüber 20.40 Proz. des Vorjahres. Die Löhne betragen 90 678 M, gleich 12.30 Proz., gegenüber 81 289 M, gleich 13 Proz., vom Umsatz 1904.

Personal war am Ende des Jahres beschäftigt: 16 Grobbäcker, 16 Weißbäcker, 3 Konditoren, 3 Expedienten, 15 Antiker, 2 Verkäuferinnen, 1 Schenkerfrau, 3 Vorstandsmitglieder, zusammen 59 Personen. Die Arbeits- und Lohnbedingungen waren dieselben wie 1904. An elektrischem Strom zum Betrieb der Maschinen wurde verbraucht für 1904 M gegenüber 1485 M in 1904, gleich 0.26 Proz. bezw. 0.24 Proz. An Rohmaterial wurden verbraucht (die Zahlen in Klammern () beziehen sich auf 1904): 14 400 Sad Weizenmehl (11 474), 10 050 Sad Roggenmehl (8378), 119 Sad Gries (96), 294 Sad Zucker (293), 337 Sad Salz (305), 27 433 kg Butter und Schmalz (24 659), 17 294 kg Hefe (16 411), 2094 kg Rosinen (2383), 1338 kg Korinthen (1569), 150 kg Saccade (450), 1337 kg Marzipan (1300), 200 kg Mandeln (333), 1727 kg Rader (1170), 1550 kg Kartoffelmehl (1150), 3381 kg Del (3051), 1151 kg Sirup und Honig (1728), 2087 kg Karmelade (1590), 1700 kg Rohrz (1134), 1300 Schod Eier (1695), für 1537 M Gewürze (1118), 115 360 Liter Milch (114 112). Der vorjährige Reingewinn von 17 503.90 M inf. 3556.66 M Gewinnvortrag wurde wie folgt verteilt: 5000 M Rücklagefonds 3000 M Unterstützungsfonds, 4596 M Gratifikation an Betriebsarbeiter, 135.55 M Gewinnanteile für Mit-

gliederanteile, 1500 M zu Wohltätigkeitszwecken, 1224.35 M sind auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Spar- und Konsumverein Stettin beschloß in seiner Generalversammlung am 9. Februar fast einstimmig, den Erwerb von Grundeigentum zum Bau einer modernen Grobbäckerei. Bäckermeister Wede führte als letzten Trumpf gegen das Projekt aus: „Es wird einen Konstruktionskampf geben, wie ihr die Welt noch nie gesehen hat.“ — Davon kann das brottonumierende Publikum nur profitieren.

Der Rohstoff- und Produktverein Lauscha i. Th. berichtet über sein 12. Geschäftsjahr, in welchem er 430 Mitglieder und 192 682 M Umsatz hatte. Der Verein hat eine eigene Bäckerei, in der drei Mann beschäftigt sind.

Im Konsumverein Lauscha i. Th. betrug der Gesamtumsatz 485 009 M, gegen das Vorjahr 32 666 M mehr. Die Mitgliederzahl war 852. Die Unkosten beliefen sich auf 32 575 M, also 6.7 Proz. vom Umsatz, der Reingewinn 59 504 M. Der Gewinn in der Bäckerei betrug bei einem Gesamtumsatz von 102 378 M 18 791 M. Für das zweite Halbjahr ist eine Dividende von 12 Proz. vorge schlagen.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im Vorjahre einen Umsatz von 38 780 199 M erzielt gegen 32 929 405 M im Vorjahre. Die Zunahme des Umsatzes beträgt 4 850 794 M. Das ist ein Mehrumsatz von 14.3 Proz. In Betracht kommt noch, daß infolge des unqualifizierbaren Verhaltens der Spirituszentrale für das Jahr 1905 der Umsatz in Spiritus ausbleibt, der im Jahre 1904 rund 1½ Millionen betrug. Wäre ein entsprechender Spiritusumsatz auch im Jahre 1905 zu verzeichnen gewesen, so würde der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft die Summe von 40 Millionen Mark nicht unerheblich überschritten haben. Jedenfalls darf die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1905 als eine durchaus befriedigende bezeichnet werden, und es ist zu erwarten, daß auch in dem Abklus diese befriedigende Entwicklung zum Ausdruck kommen wird.

Die Dortmunder Genossenschaftsbäckerei Vorwärtz berichtet über ihr 3. Geschäftsjahr, welches sehr günstig abgeschlossen hat. Es wurden für 53 293 M Rohmaterialien verbraucht und beträgt der Gesamtumsatz 68 148 M. 3109 M Reingewinn wurden erzielt, die auf verschiedene Fonds verteilt wurden, also im Geschäftsbereich. Die Genossenschaft besteht aus 14 Mitgliedern.

Die Breslauer Genossenschaftsbäckerei erzielte im Geschäftsjahr 1905 einen Umsatz von 33 159 M und einen Reingewinn von 508 M. Der Genossenschaft gehören 37 Mitglieder an. In der Generalversammlung am 11. Februar wurde ein neuer Vorstand, bestehend aus drei Personen, gewählt. Hoffentlich gelingt es der neuen Geschäftsleitung, den Umsatz bedeutend zu vergrößern.

Die Vereinsbäckerei Gaarden-Rief hielt am 11. Februar ihre Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht hatte der Umsatz auch im letzten Jahre eine bedeutende Steigerung zu verzeichnen; er betrug 1904: 509 729 M, 1905: 571 296 M, an Backwaren wurden hergestellt über 1¼ Millionen Brote und für 82 239.30 M Reingewinn, der Reingewinn beträgt 28 385.46 M; neben dem geschäftlich vorgetriebenen Abrechnungen von 10 465.05 M, beantragte die Verwaltung weitere Extra-Abrechnungen von 6593.33 Mark, die von der Versammlung genehmigt wurden; der zu verteilende Reingewinn betrug demnach 11 337.04 M. Für die Verteilung lag von der Verwaltung folgender Antrag vor: 10 Proz. Dividende (4964.85 M), 1000 M für eine zu gründende Bibliothek des Gewerkschaftshauses, 1000 M für die Verschönerung von Schulkindern in Ferienkolonien, 4000 M für den Dispositionsfonds und 372.19 M als Vortrag für das neue Geschäftsjahr. Aus der Versammlung lagen mehrere Anträge auf Herabsetzung der Dividende vor und zwar auf 8, 5 und 3 Proz. Der Antrag auf 10 Proz. wurde aber mit großer Majorität angenommen, ebenso die anderen Vorschläge des Vorstandes. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Versammlung nahm Kenntnis von der Verbandsrevision, die recht günstig ausgefallen ist. Nach lebhafter Debatte wurde sämtlichen Betriebsarbeitern eine Feuerungszulage von 2 M pro Woche gewährt. Ebenfalls wurde die Gehaltssteigerung der Vorstandsmitglieder um 20, die des Buchhalters um 25 M pro Monat mit großer Majorität beschlossen. Angenommen wurde auch der Antrag auf Belohnung zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der Konsumverein Vorwärtz in Braunschweig erzielte im 2. Halbjahr 1905: 1 028 805 M Umsatz, davon in der Bäckerei 155 329 M. Ueber die Entwicklung der Bäckerei sagt der Bericht: Die Ergebnisse der Bäckerei sind im zweiten Halbjahr nicht so zufriedenstellend als wie im ersten Halbjahr und bei den früheren Rechnungsabrechnungen. Es liegt dies weniger in den erhöhten Unkosten, die ihre Erklärung in der verstärkten Produktion finden, als vielmehr darin, daß die Preise, besonders in Roggenmehl, sehr stark gestiegen sind. Im Anfang Juli zahlten wir für den Sad Roggenmehl 19.50 M und im Dezember 23.40 M. Das ist eine Differenz vom niedrigsten bis zum höchsten Preis von 3.90 M pro Doppelzentner. Im ersten Halbjahr stellte sich der Durchschnittspreis des Roggenmehls auf 18.20 M pro Doppelzentner und im zweiten Halbjahr auf 22.40 M. Es ist dies eine Durchschnittserhöhung von 4.20 M pro Sad. Auch beim Weizenmehl trat eine Preissteigerung von 2.20 M auf 25.50 M ein. Ist diese Steigerung auch nicht so hoch, da sie nur 2.30 M beträgt, so hat sie sich doch immerhin spürbar gemacht. Angesichts der schon bestehenden Feuerungs- und Verbandsbeiträge vorzunehmen. Nur in den letzten beiden Monaten wurde das 50 S-Brot um circa 10 gr im Gewicht ermäßigt. Daß dieses auf den Uberschuss der Bäckerei einwirkte, ist selbstredend. Im ersten Halbjahr hatte die Bäckerei einen Uberschuss von 7097 M, gegen 3470 M im zweiten Halbjahr. Die Produktion an Roggenbrot stieg von 133 030 Stück auf 140 555. Es sind demnach im zweiten Halbjahr 7255 Brote mehr gebacken als im ersten. Auch die Produktion von Weizenbrot hat ebenso eine starke Vermehrung zu verzeichnen. In der Bäckerei sind beschäftigt 1 Backmeister, 2 Vorarbeiter und 10 Gesellen, 1 Expedient, 1 Antiker und außerdem 19 Frauen zum Austragen des Krübstücks. An Gehalt und Lohn werden gezahlt: dem Meister 1612.50 M pro Jahr, den Schichtführern 26.43 M und den Gesellen 23.43 M pro Woche. Der Expedient und der Antiker erhalten 24.43 M pro Woche.

Wacht auf!

Was nützt das Murren,
Was hilft das Sturren,
Was kommt uns alle Quälerei?
Wir kommen vorwärts nicht dabei.
Wollt Ihr vom Foch Euch befreien,
So tretet in geschlossenen Reihen,
Als Kämpfer ein in den Verband,
Kollegen all, aus Stadt und Land.
Voll frohen Mut ruft Euch zu:
Erringt Euch den Tag der Ruh!
Schon rüstet sich das Kapital,
Den Lohn zu kürzen, der so schmal.
Aus Schlaf und Stumpfsinn wachet auf!
Und fördert so der Feinden Lauf.
Nur frisch und frei dem Ziel entgegen,
Dann wird auch Euch der Mühe Segen.
Seid auf der Hut und haltet Wacht,
Nur im Verband liegt unsere Macht;
Dicht so gerüstet Ihr zum Kriege,
Dann wird auch unser sein der Sieg.

Lüneburg.

Erz. Wirtl

Unsere Lohnbewegungen.

Nach den Mitteilungen aus einer großen Zahl von Verbandsorten stehen uns in diesem Jahre wieder sehr viele Lohnkämpfe bevor. Dieses ist zu begrüßen; zeigt es doch, daß unsere Kollegen das Selbstvertrauen in die eigene Kraft mehr und mehr in allen Städten gewinnen, und Zeit wird es auch in unserem Bereiche, daß überall mit den veralteten Zuständen in den Arbeits- und Lohnbedingungen gekämpft wird. Vor allem muß es überall unsere Aufgabe sein, das veraltete Bevormundungssystem des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber auszurollen und an dessen Stelle mehr wirtschaftliche Freiheit, Einführung des Bar-Lohnes zu setzen. Mit dieser unserer zunächst wichtigsten Forderung muß überall die Schaffung eines den Zeitverhältnissen entsprechenden Mindest-Lohnes (Minimal-Lohn) verbunden sein.

Daneben ist auch die Verkürzung der übermenschlich langen Arbeitszeit nicht außer acht zu lassen. Um aber diese Lohnkämpfe überall erfolgreich durchführen zu können, ist es notwendig, daß unsere Mitglieder überall eine außerordentlich rührige und planmäßige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einfallen. Dann muß auch alles darangesetzt werden, die Mitglieder zu tüchtigen, opferwilligen Kämpfern zu erziehen, was vor allen Dingen in den Versammlungen und in Werkstatt- und Bezirksbesprechungen geschehen muß.

Entscheidend also überall eine rege Agitation und sorgt für Massenbesuch der Versammlungen! Unsere Arbeitgeber werden uns bei unsern Vorwandsdrängen die allergrößten Hindernisse in den Weg zu legen suchen; sie werden alles aufbieten und auch vor den brutalsten Mitteln nicht zurückschrecken, um die veralteten, für sie vorteilhaften und für uns gesundheitsgefährlichen Zustände zu erhalten. Nicht ausweichend wollen wir den schweren Kämpfen, sondern sie mit Erfolg durchkämpfen!

Deshalb auf den Posten! Agitiert und organisiert die Massen zum Kampf!

Nach sei darauf hingewiesen, daß jede Lohnbewegung mindestens 2 Monate vorher beim Verbandsvorstande angemeldet werden muß und daß vom Vorstand nicht genehmigte, sog. wilde Lohnkämpfe, keinerlei Unterstützung zu erwarten haben. Man beachte also überall die Bestimmungen des Streikreglements!

In München läuft am 1. April d. J. der vor 2 Jahren mit den Meistern abgeschlossene Tarif ab. Unsere Kollegen beschäftigen sich wiederholt mit der Frage, was dann zu geschehen habe und kamen zu dem Schluss, den Tarif zu kündigen.

Am 21. Februar tagte nun im Gabelsberger Keller eine öffentliche Bäckergehülfenversammlung, die sich mit der Kündigung des vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarifes und der Formulierung der neuen Forderungen befaßte. Referent Gahner betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Gehülfenschaft kein Interesse an einer Störung des gewerblichen Friedens habe, da dies nur für die auswärtigen Bäckermeister und Brotfabriken von Vorteil sein würde; er wolle aber auch, daß die Meister sich dieser Einsicht nicht verschließen und die Forderungen ihrer Gehülfen annehmen. An Stelle des bisherigen Dreiklassentarifes soll jetzt ein solcher mit nur zwei Klassen treten: in die erste Klasse sollen Bäckermeister mit 4 und mehr Gehülfen oder mit 3 Gehülfen und 1 Lehrling, in die zweite Klasse solche mit drei und weniger Gehülfen gerechnet werden; ausgearbeitete Bäckermeisterjöhre sollen, falls sie mitarbeiten, als Gehülfen gezählt werden. Zur Verringerung der Lehrlingsverhältnisse wird verlangt, daß die Bäckermeister erster Klasse bei 5 Gehülfen, die zweiten bei 4 Gehülfen, die dritten bei 3 Gehülfen keine Lehrlinge aufnehmen dürfen. Die Gewährung von Kost und Logis durch die Meister soll gänzlich abgeschafft werden. Als Wochenlohn werden in der ersten Klasse gefordert für den Schiefer 29 M., für den Mäcker 27 M., für den Vorderposier 24 M., für den Mittel- und Hinterposier 22 bzw. 20 M. Stundenlohn; in der zweiten Klasse für den Schiefer 27 M., Mäcker 25 M., Vorderposier 22 M., Hinterposier 20 M. Die Gehälter sollen den Lohn der Mäcker, Flecker, Posierer 2 M. Zulage pro Woche erhalten. Die Lohnzahlung soll am Samstag erfolgen. Die Arbeitszeit wird schließlich auf eine einstündige Ruhepause und zwölf Stunden festgesetzt. In der Woche soll jedem Bäckergehülfen ein Arbeiter-Abbetrag gewährt werden. Der Arbeitsnachweis soll von einem Vertreter der Meister und einem solchen der Gehülfen gemeinschaftlich und vom Innungsbureau getrennt geführt werden. Die Kündigung des bisherigen Tarifes soll am 1. März erfolgen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Gabelsberger Keller tagende stark besuchte Bäckergehülfenversammlung beauftragt die Verbandskommission sowie den Gehülfenrat, den bestehenden Tarif zu kündigen. Sie erklärt sich ferner mit dem der Verbandskommission vorgelegten Tarifentwurf einverstanden und erklärt, daß durch kommende Verhandlungen derselbe vollständig zur Durchführung gelangt. Diese Bedingungen können ohne Schädigung des Gewerbes leicht akzeptiert werden, indem nur Stundenlöhne von 20-25 M. verlangt werden. Die Versammlung spricht zugleich die Erwartung

aus, daß die Meister ebenso gut als die Gehülfen den Gang der Verhandlungen abwarten. Nicht daß durch zahllose Entlassungen oder Vorlegung von Schandproben, wie es schon mehrere Meister getan haben, eine friedliche Regelung hintertrieben wird. Die Unwesenden erklären sich in Zukunft mit den gewohnten Kollegen solidarisch und beauftragen die Verbandskommission, gegen derartige Meister die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen. Ferner fordern die Unwesenden nochmals jeden noch nicht organisierten Kollegen in München auf, sich dem Verbandsantrag anzuschließen, damit einem eventuellen Gewaltstreik von Seiten der Meister auch richtig pariert werden kann.“

Mit der Tarifbewegung befaßte sich kürzlich auch die Wäckerinnung in ihrer ersten diesjährigen Quartalsversammlung, in der zwei Meinungen vertreten waren: Die eine bezeichnete die bisher bekannt gewordenen Forderungen der Gehülfen als rundweg unannehmbar, da diese eine unerschwingliche Mehrbelastung der Betriebe bedeuten würde — die andere Richtung befürwortete im Interesse der Erhaltung des gewerblichen Friedens Unterhandlungen mit der Gehülfenschaft; es müßten eben entsprechend den Mehrforderungen der Gehülfen auch die Meister danach trachten, ihre wirtschaftliche Lage durch eine eventuelle Preiserhöhung zu verbessern; vor allem dürften die Waren nicht mehr zu solchen Preisen geliefert werden, die keinerlei Nutzen für den Meister bringen, wohl aber die Gesamtheit schädigen. Ein Beschluß über diese Angelegenheit wurde noch nicht gefaßt, da der Innung die Forderungen der Gehülfen noch nicht offiziell mitgeteilt wurden.

Der Kampf in München wird nach obigem nicht leicht werden, denn den Berliner Schornsteinmachern des Germania-Verbandes lag es schon immer schwer im Magen, daß wir in München schon seit 1902 mit der Innung im Tarifvertrage stehen.

In München selbst wird es deshalb notwendig sein, daß sich unsere Kollegen auch auf den Streik vorbereiten und auch den letzten Kollegen zum Verbandsverhandeln. Die Kollegen im übrigen Deutschland haben aber die reisenden Kollegen von München fernzuhalten. Kein Kollege darf seinen Weg nach München nehmen!

„Die Wäckeri“, das Organ der Münchener Wäckerinnung, beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer eingehend mit der Lohnbewegung. Neben einem sehr objektiven Bericht über die Gehülfenversammlung bringt das Blatt einen Bericht über die Innungsversammlung vom 16. Februar; in welcher über die Lohnbewegung folgendes verhandelt wurde:

Zur Gehülfenbewegung führt Vorsitzender Söllner aus, daß sich der Vorstand bereits eingehend mit der Sache in verschiedenen Sitzungen beschäftigt habe. Das Resultat könne aber heute nicht bekannt gegeben werden, und auch heute seitens des Vorstandes keine Vorschläge gemacht werden, da auch noch keine Urträge der Gehülfen vorliegen. Es handle sich heute nur um eine Aussprache, die zur Orientierung der Gesinnung der Herren Kollegen für den Vorstand dienen soll. Vorkommnisse bei der Firma Seidl seien ja ohnehin den Mitgliedern aus dem Berichte der Tagesordnung bekannt.

Kollege Freitag führt aus, daß wohl eine allgemeine Spannung jetzt herrsche, aber wenn die Kollegen das Gleiche tun wie die Gehülfen, und Hand in Hand gehen, dann werden sie auch gewappnet dastehen, und die Gehülfen werden dann auch ihre Ziele nie erreichen.

Kollege Lindner weist auf die jetzt bekannten Forderungen der Gehülfen, Abschaffung des Logiszwanges und Wegfall der dritten Lohnklasse hin, die in der Bezirksversammlung des Zentrums als unannehmbar bezeichnet wurden. Ebenso wurde dort der Arbeitsnachweis als unzulässig bezeichnet. Bezüglich der Löhne wurde gesagt, daß eine Steigerung unmöglich sei, da man nicht mehr leisten könne. Früher oder später müsse es ja doch zum Bruch kommen, und da sei es besser, es geschehe bald. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Wäcker keine zusammenhängende Arbeit hätten wie andere Arbeiter, sondern in vielen Betrieben nach Abrechnung der Parteien 8-9 Stunden arbeiten. Außerdem hätten die Leute Brot und Kaffee, was sie bei ihren Aufstellungen nicht vergessen.

Kollege Werner meint, wenn die Gehülfen noch keine Forderungen gestellt, so habe die letzte Gehülfenversammlung doch gezeigt, was sie wollten. Diese Forderungen bedeuten aber für den Meister Mehrausgaben, die nicht zu erwidern sind. Wenn jemand diese Forderungen unterschreibe, so schneide er sich die Lebensader ab. Werner weist an der Hand von Zahlen die Mehrbelastung eines Betriebes auf Grund der Forderungen nach.

Kollege Dantscher glaubt, daß man mit den jetzigen Löhnen nicht mehr weiter gehen könne, denn wenn sollte dies schon in der Zeit von zwei Jahren führen. Deshalb erscheine es ihm auch geboten, heute die Verbandskommission zu ermächtigen und zu beauftragen, daß nichts weiteres mehr genehmigt werde.

Kollege Leitner glaubt, daß die heutige wichtige Frage von vielen zu gering eingeschätzt werde, sonst könnte man nicht sagen, daß man sich auf weiteres nicht mehr einlassen soll. Man müsse sich doch vor Augen führen, es wir in der Lage sein, Stand zu halten. Hier kommen einmal jene in Betracht, die nicht da sind, wie auch die Wäcker, die einen sehr höheren Standpunkt haben werden. Die Bezirksvereinigungen seien gegründet worden, um die Leute zusammenzuhalten, aber nach dem heutigen Stande bleibe leider noch viel hier zu wünschen übrig. Die Forderungen werden darauf hin, daß wir auf der Hut sein müssen, aber es ließe sich ein schönes Stück Arbeit zur Förderung der Kollegialität und des Gemeinwerts. Ein wenn diese weiter gediehen, könne man gewissermaßen in die Zukunft blicken. Auf die bis jetzt bekannten Forderungen könne man sich nicht einlassen, aber es sei notwendig, daß sich die Kollegen ausbreiten, um sich keiner Täuschung hingeben.

Kollege Föster wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Dantscher und meint, daß dessen Ausführungen, in der Sache weiter nichts zu tun, eine verfehlte Idee sei. Erstens soll einmal die heutige Diskussion nach den erhaltenden Worten des Vorsitzenden nur zur Orientierung dienen über die Wünsche der Mitglieder und dürfen daher Beschlüsse darüber kaum am Platze sein; dann erhebe es auch sehr wohl, ob der Vorstand in der jetzigen Situation die Ausführung eines solchen Beschlusses übernehmen könnte. Die Anregung würde als eine gänzlich verfehlte bezeichnet werden, ist doch damit gesagt, daß nicht verhandelt werden soll. Wenn man

aber auf diesem Standpunkt stehe, dann verkenne man unsere Zeit oder man sei zum mindesten ohne Beachtung an ihr vorbeigegangen. Unser ganzes Leben und vor allem das soziale Leben sei aus Kompromissen zusammengesetzt und diese Tatsache zu verkennen, wäre verfehlt, und im vorliegenden Falle müßte es als ein Unglück bezeichnet werden. In der letzten Gehülfenversammlung sei gesagt worden, daß im Falle eines Bruchs 40 000 Arbeiter hinter den Gehülfen stehen werden. Dies sei keinesfalls zu bezweifeln. Wenn wir aber nicht den Willen zeigen, die Gelegenheit, wenn möglich, auf friedlichem Wege zu regeln und, wie die Anregung des Kollegen Dantscher bezweckt, im Vorhinein sagen, wir tun weiter nichts, würden nicht nur diese, sondern das ganze Publikum hinter diesen stehen. Wir hätten mit einem Worte die ganze Gunst des Besten verfehrt und unseren Interessen einen schlechten Dienst erwiesen. Das haben uns auch Beispiele in anderen deutschen Städten gelehrt und diese ohne Nutzenanwendung vorübergehen zu lassen, wäre ein unverzeihlicher Fehler. Die sozialen Bewegungen könnten von uns nicht aus der Welt geschafft werden und deshalb müßten wir damit rechnen. Aus all diesem Angeführten ergibt sich, daß wir unmöglichst tun sollen, einen Bruch zu vermeiden. Daß dieser Bruch einmal kommen müsse, stehe ohne Zweifel fest, aber denselben möglichst weit hinauszuschieben, müsse doch im Interesse der Allgemeinheit als eine Notwendigkeit und somit als unsere Pflicht bezeichnet werden. Wie nun die Forderungen jetzt bekannt sind, müßten sie allerdings als unannehmbar bezeichnet werden. So könnte wieder der Erfahrungssatz, noch die Abschaffung des Logiszwanges bewilligt werden. Ein diskutierbarer Punkt sei vielleicht die Lohnfrage. Daß bei diesen Dingen Opfer gebracht werden müssen, sei klar. Nun bestehe ja die Tatsache, daß niemand gern mehr bezahlen will und was ja auch ebenso gut eine Tatsache ist, auch nicht viel mehr bezahlen kann. Zur Frage des gewerblichen Friedens erscheine dieser Standpunkt für geboten und diese Anregung bringe Bedenken, der in denselben Schuhen stecke, d. h. ebenso mit seiner Existenz zu ringen hat, wie die anwesenden Kollegen. Daraus ergebe sich aber die Notwendigkeit, daß auch wir unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern trachten durch Erzielung besserer Preise für unsere Waren. Dies sei allerdings eine Sache, die bei uns schon seit langem die Aufmerksamkeit der einzelnen, leider stets ohne Erfolg, beschäftigt habe. In der bisher angewandten Form sei vielleicht auch niemals eine Besserung zu erwarten, aber die höheren Löhne der Zukunft könnten möglicherweise doch manchen Kollegen dazu veranlassen, in der Folge nicht mehr zu Preisen zu liefern, die ihm keinen Nutzen, für die Allgemeinheit aber schädigend wirken.

Kollege Steff ist auch der Meinung, daß man trachten müsse, mit den Leuten zurecht zu kommen; wenn die Forderungen annehmbar sind, könnten auch die Verhandlungen geführt werden. Zu beachten sei, daß die Betriebe jetzt in zwei Klassen eingeteilt werden sollen; was eine Mehrbelastung bedeute. Unsere Gehülfen könnten sich, was der Lohn anbelangt, mit jedem anderen Arbeiter vergleichen, und dem Vorposten sei die Spitze bereits gebrochen. Sein Wirkungsgebiet sei ein wenig größer.

Kollege Gumbert war für eine Erhöhung der Löhne der älteren Arbeiter, aber nicht für die jungen, die den jetzigen Lohn nach seiner Meinung meistens nicht verdienen. Der Arbeitsnachweis dürfe aber unter keinen Umständen aus der Hand gegeben werden, denn dann würden wir ganz der Willkür der Gehülfen ausgeliefert sein. Einen Lohnstarif halte er dazu geeignet, schlechte Arbeitskräfte zu erzehlen.

Kollege Lindner steht der Sache nicht so pessimistisch gegenüber wie verschiedene der Vorredner; er glaubt, daß vorerst wir noch das Heft in Händen haben und wenn man die Sache mutig anpacke, werde es auch gehen.

Kollege Köchlein schließt sich dem Standpunkt Fösters an. Von den Vorsitzenden verschiedener Bezirksvereinigungen sei bereits ausgesprochen worden, daß sich viele Mitglieder um die Angelegenheit nicht kümmern, was zu bedenken gebe. Von diesen könne man fast vermuten, daß sie den anderen in den Rücken fallen. Wenn heute getreift wird, was sollen z. B. dann die Wäcker tun? Sie würden bewilligen müssen. Zu bedenken gebe auch, daß bei den letzten Gewerbegerichtswahlen von sehr vielen Meistern sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, und auch viele sich als Kandidaten aufstellen ließen. Deshalb müsse man sich die Sache ruhig überlegen und sich vor Augen halten, daß wir, wenn in den Streik eingetreten wird, überhaupt keine Gehülfen mehr haben werden.

Herr Seiler schließt sich den Anschauungen Fösters und Leitners an und glaubt, daß die Sache heute nicht mehr so einfach sei wie früher. Man müsse zu der Anschauung kommen, wenn man an die große Masse der Organisierten denke, die hinter den Gehülfen stehe. Wir seien heute in einer Zeit, in der alles höhere Löhne anstrebt, sogar Metzger und Beamte. Dann bestehe die Gefahr, daß die Meister schwer zusammen zu bringen sind. Die Schädigungen, die ein Bruch heute mit sich bringen werde, ließen sich auch heute größer sein als früher. Der Kommunist habe hohe Gehülfen und von den Landshuter Brotfabriken könne man fast annehmen, daß sie die Streikenden unterstützen werden.

Kollege Schöber meint, daß sich die heutigen Ausführungen fast wie ein Schreckensansehen anhöre. Was Kollege Föster ausführt, sei zu begrüßen, denn wenn nicht verhandelt werde, würde man sich die Gunst des Publikums verhergen. Die Bezirksvereinigungen müßten sich noch nicht mehr fürchten, da gebe es noch viel zu tun. Wenn die Löhne erhöht werden müßten, wäre er dafür, daß dies für alle geschehen sollte, und nicht nur für die älteren Arbeiter. In dem Arbeitsnachweis müsse festgehalten werden, und wenn wirklich eine Änderung kommen müßte, wäre es ihm lieber, wenn derselbe dann dem städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen würde. Der Vorposten sei das Hauptmittel für die Gehülfen, um ihre Ziele zu erreichen.

Kollege Anst meint, bei uns gehe es wie in der Vergangenheit; auch wir müßten uns durch einen bewaffneten Frieden vor dem Kriege schützen, und dieser bewaffnete Frieden koste Geld. Man solle mit den Gehülfen verhandeln, wenn es einigermaßen Forderungen stellten. Es werde viel von Gehülfenstücherei gesprochen, aber davon könne bei uns keine Rede sein, da bei uns die Wäcker nach den Vorschriften der Handwerkskammer noch lange nicht erreicht sei. Bei Abschluß eines neuen Tarifes wäre es besser, wenn derselbe auf längere Zeitdauer abgeschlossen werden könnte.

Die Meister sollen, wenn sie höhere Löhne bezahlen müßten, halt trachten, diese Lücke wieder auszufüllen, vielleicht dadurch, daß sie weniger den Wirtschaftlern nachgeben.

Vorstand der Söllner meint, daß der Stoff durch die Diskussion von verschiedenen Seiten beleuchtet werden sei. Wenn die Forderungen keine so hohen seien, wäre es wohl am Platze, in Verhandlungen einzutreten. Die Gehältn hätten dadurch ein leichteres Spiel, daß jetzt schon teilweise höhere Löhne bezahlt werden. Wenn auch die Forderungen nur zwei Klassen enthalten, so sei noch lange nicht genug, daß sie auch genehmigt werden. Die Sache bedürfe einer reiflichen und tüchtigen Ueberlegung. Auch die Haltung der Frauen sei zu berücksichtigen, die schon in vielen Fällen Forderungen unterschrieben haben. Seitens des Vorstandes werden alle Vorbereitungen getroffen werden und nötigen Falles Versammlungen und Zusammenkünfte schon in den Mittagsstunden einberufen werden. Da nur die Abkist befanden, eine Aussprache zu führen, sei von Beschlüssen Abstand zu nehmen.

Der Bericht zeigt, daß wenn auch alle Medner in der Meinung glauben, die Forderungen so, wie sie gestellt sind, nicht annehmen zu können, doch die Mehrzahl Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zeigt, und das ist erfreulich. Hoffentlich werden auch die Jugendbünde annehmbare sein, welche die Forderung des Gehalts macht.

Im selben Saale finden wir auch einen Bericht über eine Verammlung der Bädermeistersöhne in München. Dort hat ein Schriftsteller Ernst Guttmann folgenden Vortrag gehalten:

Nicht ohne bestimmte Absicht spreche er in seinem Vortragsthema von einem Gegensatz zwischen Meister und Geselle und nicht zwischen „Arbeitgeber und Arbeiter“. Der Handwerksmeister sei leicht geneigt, aus einer Art patriarchalischer Auffassung seines Verhältnisses zur Gesellenchaft vieler nicht ganz das gleiche Recht zu verlangen, wie den Arbeitern der Industrie, dem Meister mit Lohn und anderen Forderungen gegenüber zu treten. Es sei diese Auffassung als ein Ueberbleibsel vergangener Wirtschaftsperioden verständlich, allein die Wirklichkeit gebe dem Gesellen das gleiche gesetzlich garantierte Recht zur Organisation, wie jedem anderen Arbeiter und nicht mit Gehörten sei, da zu rechnen, sondern mit unabänderlichen Tatsachen. Weber wollte zwar sein Thema in einer allgemeinen Weise behandeln, die noch bevorstehenden Kämpfe im Vordergrund stehen lassen, jedoch willkommener Anlaß, seine allgemeinen Betrachtungen durch lautes Eingehen auf vorliegenden Gegenstand, wodurch eine deutlichere Reizwirkung bewirkt werden dürfte, möglich ist.

Jetzt kommt der Referent auf das Eingekerkertwerden zu sprechen und stellt dann nachdrücklich, daß dem Gesäßten das Recht nicht abzubrechen sei, da zu wohnen, was es ihm selber am besten thut, wenn die Meister Bedenken tragen, in ständlicher Beziehung sei für den Gesäßten durch Logis beim Meister beßer gelangt, so mußte er diese Frage einfach aufschalten, denn es sei unabweisbar zu erkennen, in dieser Weise in das Privatleben des Gesäßten, wenn auch mit dem besten Absichten, eingreifen zu wollen; für seine Eitellichkeit sollte man den Gesäßten selber lassen lassen; aber wenn nun Standpunkte der Macht könne diese Forderung der Gesäßten auf die Dauer wohl nicht zu ihren Ungunsten durchzusetzen werden. Der Meister sollte abgesehen davon, daß er seinen Gesäßten auch noch im Grunde die immer noch zu erfüllenden Forderungen höherer Klasse zu nicht nur eine Maßnahme, sondern sie müsse deshalb an sich vorzüglich genannt werden, weil ja ungenügend nur alle danach streben und streben müssen, unsere Lage immer günstiger zu gestalten. Nur muß die Erkenntnis sich bahnbrechen, daß mit jeder Anforderung der Gesäßten das Bestreben der Meister Hand in Hand zu gehen habe, den Gesäßtenbetrieb immer rationeller zu gestalten und vor allem gräßliche Mißstände gegenständlicher Natur durch einen gewissenmäßigen zu beheben, ebenso konnte in bezug des Erwerbsvermögens dem Gesäßten ein gutes Recht zu ihrer Fortsetzung nicht abgehandelt werden, gab es doch wohl keine einen anderen Stand als den des Vaders, der 35 Arbeitstage im Jahre habe, allerdings sei die Fortsetzung eines wünschenswerten Erwerbsvermögens so zu betreiben, wie jede solche Anwartschaft der Gewerbe einen Handel, wobei im Hintergrunde der Gewerbe stehe, was viel fordert, erhält wenigstens! Denn nur das Recht auf Anwartschaft überhaupt im Prinzip sich Geltung verschaffe, so würde wohl die Gewerbe durch einen menslichen Erwerbstag 2, 3. mit strecken begünstigt.

Auch bei den übrigen Forderungen sucht Redner den Einspruch der Gehörten keinen Zuhörern näher zu bringen, wobei er allerdings stets behauptet, daß der einseitige Forderungenempfang niemals die Befriedigung der anderen Größe hervor zu bringen vermöge, daß das Gleichgewicht der Beschäftigung nicht. — Aber beträchtlicher Rede ungenutzte Gelegenheit wurde die Neugierde an diesen Gegenstand zu wecken und zu befriedigen, denn auch die Zuhörer sind überzeugt, daß für sie ebenfalls der jezt zu besprechende Gegenstand das Beste ist, um das allseitigste Befriedigend zu erhalten. Begier zu lesen und zu hören hat zu erheben.

Der Vereinigungs-Act fürte auch den Geist der Vereinigungs-Vereinigungen und in der That, welchen Jollen nicht, um E. James-Stromen wurde, für per Verfassung der Englischen-Union herbeizuführen, sondern Jollen eher eine wirtschaftliche Erklärung in den Gesellschaften einbringen. Er Jollte keine Verfassungen mit der Jollung und Jollt in dem Jahre der Verfassung der Vereinigungs-Union von einem Jollte geistlichen und Jolltlichen Jollt: Die Verfassungen der Jolltlichen Jollt be- Jolltlich, wenn sie Jolltlich, die Verfassung der Jolltlichen Jollt Jollt. Es ist Jolltlich, in Jolltliche Jollt Jolltlich.

In der Danksagung dankte Salge Schornagel aus, daß er im großen und ganzen sich mit den Angehörigen des Herrn Saltemers vereinbaren können lassen. Bei allem will er den Einspruch, daß in den Vermögensverhältnissen Einzelne Punkt getroffen werden muß, abgeben aber glaubt er, daß in vielen Veranlassungen der National-Expositionsmittel für alle Jüngere Mitglieder ausgespart werden und für diese sich zu unterstützen, nicht weniger Pflicht der Vermögensigen, denn es kann Jüngere unterstützen aber gleichwohl den gescheiterten Jüngling. Eine Personifikation der Vermögensigen in diese Bewegung ist nicht unbedingt zu empfehlen, da der nationale Einspruch der Gegenwart sich bei der alten Bewegung zeigt. In der zweiten Hälfte der Bewegung steht das Verlangen nach einer Bewegung, so-
weit es es zu erklären, daß der bei der Bewegung

gegenüber einzelnen strittigen Punkten Aufklärung schaffen und so eine Sanierung erzielen und Einigung verbreiten können. — Was nur die in Aussicht stehende Forderung betreffe, so sei dahin zu wirken, daß das Bewilligt werden könne, was als berechtigt, aber auch als durchführbar anzuerkennen sei. Bezüglich der Frage des Erbschaftsteiges erwähnte Kollege Schmängel, sei dessen Schaffung wohl einige Berechtigung zuzuerkennen, niemals aber sei dieselbe durch einen Streit möglich, nur ein Reichsgesetz, das jegliche Arbeitstätigkeit an Sonntagen verbietet, könne eine zufriedenstellende Regelung bringen. Der Arbeitsnachweis kann niemals ganz in die Hände der Gehülften gelegt werden, sonst werden wir an Stelle des jetzigen paritätischen Nachweises einen rein sozialdemokratischen erhalten. Dagegen sei es wohl möglich, das Logistmen aufzugeben, die Befürchtungen verschiedener Meister hierüber gehen entschieden zu weit, es sei sicher zu erwarten, daß sich eine berartige Veränderung ganz gut einleben werde. Bei der bevorstehenden Reuanstellung des Tarifes sei auf eine Verminderung der Tarifklassen nicht einzugehen, da die sehr verschiedenen Verhältnisse in den Betrieben dann nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Dabei münte man vielleicht auch eine kleine Erhöhung der Tarifsöhne bewilligen, die angezeigt erscheine im Hinblick der ständigen Arbeitswoche unserer Gehülften. Zum Schluß geht Kollege Schmängel noch auf die Ausführungen des Herrn Referenten bezüglich der Organisation ein und betont, daß eine kräftige, gut ausgearbeitete Organisation der Meisterschaft eine unbedingte Notwendigkeit sei, nur wenn die beiden Gegner einmal gleich gut gerüstet sich gegenüberstünden, sei auf einen dauernden Frieden zu rechnen.

Hierauf ergriff sehr gewandt Herr Vätermeister
Nutzer das Wort und machte eine Reihe von Zugestän-
dnissen an die Gehülfen, wenn freilich er auch zu beweisen
suchte, daß eine Reihe von Forderungen in der Hauptsache
das Loos außer dem Haupte und der Erbschafts-
tag von Seiten der Weiser nach der jetzigen Vermögenslage unersüll-
bar seien.

Nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende mit dem Rufe die Versammlung, daß durch Erörterung der Fragen wohl auch ein Beitrag zur friedlichen Lösung der bestehenden Differenzen zwischen Meister und Gehilfen geliefert sei."

Bei der Lohnbewegung und dem Tarifabschluß im Jahre 1904 in München haben wir lebend die Objektivität des Münchener Finanzorgans hervor und bis jetzt können wir nicht sagen, daß es anders geworden ist. Wir wollen nur hoffen, daß es weiter so bleiben möge, denn diese sachlichen Ausführungen stehen wohlthuend ab von dem wüsten Gerede der Berliner und Stuttgarter Finanzblätter.

Aber auch die Münchener Badermeistersöhne haben durch ihre Behandlung des Themas in der Versammlung gezeigt, daß sie auf einer höheren Stufe stehen, als die Badermeisterprüflinge anderer Städte, denn solche fachliche Behandlung wäre in deren Versammlungen über ein solches Thema kaum denkbar. Sie würden den Referenten niederbrüllen, der in solchem Tone, wie hier der Referent, zu ihnen sprechen würde.

Darum können die Höflichkeitssöhne im übrigen Deutschland, aber ebenso das blinde und talpfehaftere Draufgängerinn Vornach und Genossen noch viel von München lernen! Ob sie noch etwas lernen können und wollen?

Bäderbewegung im Auslande.

Edwards

Der Verbandstag des Verbandes der Lebens- und Genutmittel-Arbeiter der Schweiz. Der von 64 Delegierten — darunter 3 Vertreter der Väster — bejahte Verbandstag tagte am 28. und 29. Januar in Bern. Genosse Hakenholz (Sekretär) gab eine kurze Uebersicht über die Entwicklung und den Stand des Verbandes und sprach den Wunsch aus, daß der Verband demnächst ausgebaut werde, um die kommenden Lohnbewegungen erfolgreich durchzuführen zu können. Dem Kassierer wurde eine Gratifikation von 50 Fr. jährlich bewilligt. Ueber den Statutenentwurf, zu dem eine große Anzahl Änderungsanträge gestellt waren, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der Wochenbeitrag wurde beibehalten und soll derselbe in der Zukunft auf 30 Rappen erhöht werden. Da verschiedene Verbandskategorien bisher der Unterstützungsschulde nicht angehörten, dieselbe aber nun obligatorisch eingeführt ist, wurde beschloffen, daß alle Mitglieder, die am 1. April mindestens ein Jahr dem Verbande angehören, sofort unterstützungsaberechtigti sein sollen. Auch wurden den Schwämmen der Gärtner, Bäcker und Metzger, welche erst $\frac{3}{4}$ Jahre dem Gesamtverbande angehören, mit Zukunftsritren der neuen Statuten die Unterstützungs-Berechtigung zugesprochen. Der Antrag des Centralkomitees, die Möbelerzeugerunterstützung aufzuheben, wurde abgelehnt. Die Jarenzeit wurde bei Arbeitslosigkeit jomir. Krantgeit auf eine Woche herabgesetzt. Es soll pro Tag 1 Fr. Unterstützung gezahlt werden und zwar nach Jähriger Mitgliedschaft bis zu 40 nach Jähriger bis zu 50 und nach Jähriger bis zu 60 Franken. Die Einführung des Sterbekasses wurde abgelehnt. Streifenunterstützung soll vom 4. Tage an gezahlt werden und zwar mindestens 2 Fr. pro Tag und für jedes Kind 3 Rappen Zuschlag. Als Kassierer wurde Bern wieder gewählt. Der bisherige Sekretär Genosse Hakenholz wurde wiedergewählt. Derselbe nimmt die Pasi unter der Bezeichnung an, daß sofort noch ein zweiter Sekretär angestellt wird. Es wird beschloffen, sofort die Stelle eines zweiten Sekretärs auszusprechen.

Der Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz veröffentlicht seinen Fortschrittsbericht und Jahresabrechnung für 1906. Danach ist die Mitgliederzahl von 2081 auf über 2400 gestiegen. Die Zahl der Sectionen ist von 40 (am 22. Urtag) auf 61 (am 31. Urtag) gestiegen, davon waren 9 allgemeine, 1 gewerliche, 3 Brunnen- und Faser-, 9 Brunnen-, 6 Faser-, 1 Faser- und Faser-, 7 Faser-, 4 Faser-, 8 Tabak-erbeiter-, 8 Gärtner-, 2 Webger-, 1 Faser- und 2 Schotter-lebensmittelarbeiter-Sektionen. Das Vermögen des Verbandes beträgt in der Verwaltungsstafte 2616.25 Francs und in der der Unterhaltungsstafte 2004.05 Francs. Danach enthält sich die unser Bruderverband in der ersten Hälfte dieses Jahres! Faser gehören jetzt dem Verbande an 29 in Bern 20 in Aargau, 43 in Zürich und 48 in Basel, zusammen also 140. Außerdem besteht für Winterthur noch eine gewerliche Section für Faser und Wäcker mit 77 Mitglieder (Wie viel davon Faser hat, geht aus dem Bericht nicht hervor). — Wir wünschen dem Verbande weitere Fortschritte und hoffen, dass die in der ersten Hälfte des Jahres 1907 in der Schweiz gehaltenen 10. Jahresversammlung in Basel ein glückliches Ende findet!

Weibliche Mitglieder im amerikanischen Bäckerverband. Ueber dieses Thema bringt der "American Federationist" einen Artikel von Frau Esther Taber. Obgleich die Angaben recht lidenhaft sind, mag doch einiges aus dem Artikel wiedergegeben werden. Der Verband der amerikanischen Bäckerarbeiter ist, wie wir schon früher einmal mitgeteilt haben, am 18. Januar 1886 gegründet worden. Er besteht aus Mitgliedern der verschiedensten Nationen; besonders ist die Zahl der deutschsprechenden Mitglieder eine sehr große und es ist deshalb den einzelnen Lokalvereinen überlassen, in derenigen Sprache zu verhandeln, die der Mehrzahl ihrer Mitglieder geläufig ist. Dem Verband gehören alle Arbeiter an, welche in Brot- und Kuchenbäckerien, Konditoreien, Konfitüren- und Zuckwarenfabriken tätig sind. Die Frauen und Mädchen sind in der Regel in besonderen Sektionen vereinigt, in einzelnen Fällen sind sie mit den männlichen Arbeitern zusammen organisiert. Aus alten Berichten ist ersichtlich, daß schon im Jahre 1848 weibliche Arbeitskräfte in der Bäckerindustrie verbandt wurden. Aber erst Anfang der siebziger Jahre wird die Beschäftigung von Frauen und Mädchen allgemein. Zur Zeit werden in Newyork und Chicago circa 8000 Frauen und Mädchen in den obengenannten Berufszweigen beschäftigt.

Der Organisation ist es gelungen, die Arbeitsbedingungen auch für die Frauen erheblich zu verbessern. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt worden und auch der Lohn ist erhöht. Früher war der Unterschied zwischen den Löhnen für Männer und dem für die Frauen ein sehr erheblicher; während die ersteren bis 25 Dollar pro Woche verdienten (1 Dollar = 4 M), erhielten die Frauen nur 10 Dollar pro Woche. Jetzt bringen es die Frauen bis auf 13 Dollar pro Woche. Auch auf die Gesetzgebung hat die Organisation eingewirkt, so daß in einigen Staaten auch auf gesetzlichem Wege Verbesserungen für die Arbeiter eingetreten sind.

Die Organisation zählt außer Streikunterstützung auch Kranken- und Sterbeunterstützung. Die Kranken- und Sterbekasse des Verbandes wird getrennt von den übrigen Fonds geführt. Bis zum 50. Lebensjahre haben die Mitglieder das Recht, diesen Kassen beizutreten, gewöhnlich hierzu sind sie nicht. Die Beiträge für diese Kassen werden besonders erhoben. Eintrittsgeld zur Krankenkasse wird 1 Dollar erhoben und ist der Beitrag auf 4 Doll. pro Jahr festgesetzt; für die Sterbekasse auf 1 Doll. pro Jahr. Krankengeld wird innerhalb eines Jahres 26 Wochen ausbezahlt.

Leider erfahren wir aus dem Artikel nicht, wie hoch die verschiedenen den Mitgliedern zustehenden Unterstützungen sind. Ebensovienig werden nähere Mittheilungen über die Zahl der organisierten Frauen und Mädchen gemacht.

Bemerkenswertes aus den Mittheilungen.

In Göttingen fand am 25. Februar eine öffentliche Versammlung statt, die gut besucht war und wiederum einige neue Mitglieder brachte. Kollege Weber-Hannovers sprach unter dem Beisitz der Versammlung über das Thema: „Wie verbessern die Kollegen ihre traurige Lage.“ Der Kartellvorsitzende Dohrmann tabelte die Lausheit der Göttinger Kollegen und spornte die Mitglieder zu reger Agitation an. Außerdem beteiligten sich noch die Kollegen Kofke und Siebert an der sehr regen Debatte im Sinne des Referats. — Hoffentlich werden nun unsere Mitglieder in Göttingen alles tun, um dort Aufklärung unter die Kollegen zu bringen und wenn die Zahl unserer Mitglieder größer wird, dann ist auch in Göttingen eine Besserung der traurigen Väterverhältnisse möglich.

Im Harburg fand eine öffentliche Versammlung, die gut besucht war, am 14. Februar bei Hansenheim statt. Gau-
leiter Biescher-Hamburg sprach über das Thema: „Arbeits-
geherückshverband im Backergewerbe und welche Stellung
nehmen die Gesellen dazu ein.“ Der Vorsitzende Winger
spricht im Sinne des Referenten und wies darauf hin,
daß in Harburg noch 90 Proz. der Gesellen direkt unter
dem Dach wohnen. (Zwischenrufe: Taubenschlag!) Hof-
wies auf die lange Arbeitszeit hin. Einige Fälle vor dem
Gewerbegericht hätten gezeigt, wie hier das Ueberstunden-
wesen an der Tagesordnung ist, ohne daß die Gesellen da-
für entschädigt werden. Die Gesellen, die aber den Mu-
haben, ihre Ausbeute zur Rechenschaft zu ziehen, werden
auf dem Fünfundzwanzig mit der Hungerpeitsche bedroht.
Mehrere Kollegen brachten noch Beschwerden über den Ar-
beitsnachweis vor. Ferner wurde ein Fall mitgeteilt, wo
ein Fremder auf der Fünfundzwanzig gepreßt worden sei.
Hoffentlich wird die Polizei die Sache unteruchen. Zu-
überigen wird die Sache dem Gesellenauschuß überwiesen.
Im Schlußwort geistelte der Referent die Arbeitsnachweis-
der Fünfundzwanzig und forderte die Kollegen auf, Mitkämpfer
zu werden, dann könne es nicht mehr lange dauern, daß
auch die hiesigen Kollegen ihren Ausbeutern ein „Galt“ ent-
gegenrufen können. Fünf neue Kämpfer wurden gewonnen.

Würzburg. Am 11. Januar tagte in Anwesenheit des Gausleiters Gagner unsere Generalversammlung. Der Kassierer Bauerreiß gab den Kassenbericht. Die Weibnachfeier brachte einen Ueberschuß von 58.19 M. Der Kassierer wurde für seine tadellose Führung 5 M und 10 A für seine lange Arbeitsunfähigkeit entschädigt und ihm eine stimmung Decharge erteilt. Den Vorstand berichtete Kollege Göb, wonach leider ein Mißglang zu verzeichnen ist, welches auf die Interesslosigkeit der hiesigen Gebührensrichtsprüche ist; auch hatten wir mit dem Allgäuer einen Prozeß, der zu unseren Gunsten ausfiel, und durch den schlechten Verlaufsbescheid im letzten Halbjahr haben wir uns veranlaßt, eine Spielbanke aufzugeben, wo jetzt nur der Prozeß schwebt. Es wurden mehrmals von hier aus Besuche mit Schweinsfurt und Bad Nissingen gemacht, in dem Verbanne anzuschließen, diese waren mißlos. Wir standen auch stets in brieflicher Verbindung mit den Städten in Unterfranken. Die Erziehung der Gebührensrichtsprüche brachte uns noch je einen Vertreter im Ausschuß und Erfolg; auch sind wir am Gewerbegericht mit einem Beisitzer vertreten. Auch wurden von uns mit den Brotlieferanten der Konsumvereine in Würzburg, Schweinsfurt und Bamberg Sitzungen abgehalten betreffs Tarifveränderung. Es wurden abgehalten 14 Mitglieder-, 7 öffentliche Versammlungen und 12 Sitzungen, in welchen 5 Kollegen auswärts und 7 Kollegen und Genossen von hier Referate hielten. Kollege Göb leitete eine Wiederwahl ab. Gewählt wurde in den Ausschuß Kollege Frank als 1. Vorsitzender, Rakenberger als 2., Bauerreiß als 3., Reichert als 2. Kassierer, Klossel als 1., Fröhlich als 2. Schriftführer; als Revisoren Göb und Beck. Hieran wurde Kollege Gagner einer Kritik unterzogen, der seit 2 Jahren uns verlor, nach Würzburg auf einige Besuche kommen, aber uns immer Kleinmützlich behandelt. Kollege Gagner versprach, tadellos zu tun und richtete einen ersten Appell an den Ausschuß und die Mitglieder.